39. Jahrgang — Bochum, den 6. Juli 1918 — Nummer 27

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis monatlich 1 Mk., vierteljährlich 3 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht aufgenommen.

Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wiemelhauser Straße 38—42. Telephon-Nrn. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: Altverband Bochum.

Der Wille zum Erfolg.

Wenn viele sich zu einem Bund vereinen
Und jeder Wille einem Ziele lebt,
Entsteht aus dem Zusammenschluß des Kleinen
Die stolze Macht, vor der der Mammon bebt.

Der Wille zum Erfolg muß uns begeistern,
Er ist der Macht granitnes Fundament.
Kein Hindernis, kein Mangel läßt sich meistern,
Wenn man nicht handelt, sondern greint und flennt.

Beherrscht ein Wille Menschenmillionen,
Wird das Gewollte auch zur Wirklichkeit,
Den Seim der Arbeit schlucken noch die Drohnen,
Weil ihr, die Bienen, wenig einig seid.

Heran, ihr Lauen, stellt euch zu den Vielen,
Die eines Willens zum Erfolge sind!
Seid stark im Willen, fest in euren Zielen,
Und wartet nicht, bis eure Zeit verrinnt!

Viktor Kalinowski.

„Es nützt ja doch nichts . . .“

Wer hat diesen Ausspruch noch nicht gehört? Wem sind diese Worte noch nicht in die Ohren geklungen, obwohl sie ein blanker Unsinn sind. Unsinn? Jawohl. Ein spiegelblanker Unsinn, der unserer Kulturentwicklung schon mehr geschadet hat als irgend etwas. Denn dieser Satz enthält die Verneinung jeden Fortschritts, die Enthaltsamkeit und Entsagung von irgendwelcher nützlichen Tätigkeit, er ist ein trauriges Bekenntnis zur Faulheit und Untätigkeit in dem Sinne phlegmatischer Orientalen, die ja auch vielfach der Meinung sind, alles komme von selbst, ohne menschliches Zutun, und niemand könne seinem Glück oder Unglück entgehen.

Wäre das bequeme Wort „Es nützt ja doch nichts“ Allgemeinansicht, dann stände sofort jeder Fortschritt still. Denn wenn die Menschheit dieses gemeingefährliche Schlagwort als Allgemeinparole herausgeben und dementsprechend handeln würde, dann wäre es vorbei mit aller Kulturentwicklung. Lehren uns doch die Taten unserer größten Geister das Gegenteil, zeigt uns doch tagtäglich der Fortschrittsgeist, daß „es doch etwas nützt“. Wo wären wir, wenn seit jeher alle Menschen nach diesem schädlichen Sprichwort gehandelt hätten, getreu der vorgefaßten Meinung daß jeder Versuch zur Besserung der Lebensmöglichkeiten und damit der Aufstieg zu höherer Entwicklung, zu vervollkommneter Technik vergebliches Mühen sei, daß es „nichts nütze“, und daß es deshalb richtiger sei, im alten Trott dahinzudämmern und alles beim alten zu belassen! Wir hausten noch heute wie die menschlichen Höhlenbewohner der Urzeit, kleideten uns in Felle, nagten an Wurzeln und fräßen Kräuter, Waldfrüchte und das rohe Fleisch des Wildes. . . .

Und doch hat dieses verhängnisvolle Wort — seien wir gerecht! — in einem bestimmten Falle Sinn und Berechtigung. Es nützt nämlich wahrhaftig nichts, wenn jeder untätig und gleichgültig die Hände in den Schoß legt und sagt: „Es nützt ja doch nichts“. In diesem einzigen Falle trifft das Wort zu, natürlich nur für den, der dem Untätigen sagt, daß dessen Untätigkeit keinen Nutzen stiften könne, daß sie sinnlos und zwecklos sei und zu nichts führt, höchstens zu einem permanenten Schlaf- und Dämmerzustand. Dem aber soll jeder, der mit hellen Menschenaugen in die Welt blickt und vorwärts strebt, der an seinem Schicksal so mancherlei auszusetzen hat und es deshalb bessern möchte, in weitem Bogen aus dem Wege gehen. Und damit kommen wir auf jenes Gebiet, wo uns der berüchtigte Ausspruch: „Es nützt ja doch nichts“, leider schon recht oft in die Ohren geklungen hat, nämlich auf das weite, fruchtbare Gebiet der gewerkschaftlichen Werbetätigkeit!

Wie leibhaftig kann man sich doch auf diesem Gebiete einen uninteressierten Menschen vorstellen, der auf das Ersuchen, sich seiner Gewerkschaft anzuschließen, die griesgrämliche Antwort parat hat: „Es nützt ja doch nichts, das hat ja alles keinen Zweck“. Welche Müdigkeit, welche Hoffnungslosigkeit, aber auch welche bornierte Gleichgültigkeit und strafwürdige Faulheit — abgesehen vom Unsinn— liegt in dieser ablehnenden Antwort! Da packt einen der Menschheit ganzer Jammer und es hält schwer, gegen diese dicke Mauer der Denkfaulheit mit den Waffen gesunder Menschenvernunft anzukämpfen. Und wenn du diesem Menschen dreimal erklärst an der Hand untrüglicher Beweise, daß die Gewerkschaft schon viel genützt hat, daß sie die Löhne erhöht, die Arbeitszeit verkürzt, viele Not gelindert, das Wissen der Menschen gehoben, ihr Selbstbewußtsein geweckt, und wenn du zahlenmäßig nachweist, um wie viele Groschen sich seit Bestehen der Gewerkschaft der Lohn gehoben und wie sich durch den wohltätigen Einfluß der Gewerkschaftsmacht doch so vieles gebessert hat — oft wirst du trotz alledem und alledem vergeblich reden und der Unbelehrbare wird dir in seiner erhabenen Unnahbarkeit antworten: „Es nützt ja doch nichts . . . .“

Das ist dann hart und betrübend. Glaubt aber nicht, daß der gute Mann selbst glaubt, was er euch sagt. Denn das wäre eine Verwechselung und Verdrehung aller Vernunftbegriffe, die unfaßbar wäre. Ach nein, er sieht schon ein, daß es doch wohl „etwas nützen mag“. Aber er will es nicht zugeben. Er muß seinen „Grund“ haben für den Weiterschlaf des Uninteressierten, er möchte um keinen Preis durch die ihm lästigfallende Gewerkschaftstätigkeit — nota bene weil es auch einige Groschen Beitrag erfordert — die phlegmatischen Kreise seiner stumpfen Denkfaulheit gestört wissen. Dünkt es doch manchem so wunderbar schön, gedankenlos dahindämmern zu können in seines Nichts durchbohrendem Gefühle, wenn das auch nichts nützt und den Menschen dem Zustande des genügsamen Eseleins nähert, das schon froh sein I-A erschallen läßt, wenn es Distelköpfe fressen kann. . .

Das böse Wort „Es nützt ja doch nichts“ will eben immer noch nicht aussterben. Immer noch feiert dieser blühende Unsinn seine zweifelhaften Triumphe. Er stützt sich dabei auf die vielen Menschen angeborene Faulheit im Denken und Handeln. Aber eine größere Seltenheit ist das Wort dank der fortschreitenden Aufklärung dennoch geworden. Wo es uns früher im Chorus entgegenschallte, tönt es heute nur noch vereinzelt. Warum? Weil unsere gewerkschaftliche Tätigkeit revolutionierend auch auf die Geister wirkt. Weil unsere gewerkschaftlichen Erfolge nach und nach viele der bisher Untätigen aufgerüttelt und sie in den frisch pulsierenden Kreislauf der Gewerkschaftstätigkeit mit hineingerissen haben. Sie haben erkannt, daß es „dennoch etwas nützt“, und ihr Geist ist heute dank dem heilsamen Einfluß der gewerkschaftlichen Betätigung so regsam geworden, daß sie die Gewerkschaft nie wieder missen möchten.

Und wenn uns nun bei unserer Werbearbeit für unseren Verband immer noch hin und wieder das an die Urweltzeit erinnernde Wort „Es nützt ja doch nichts“ entgegengemurmelt wird, dann wollen wir lebhafter denn je dieses Wort auf seinen ihm innewohnenden baren Unsinn zurückführen. Wir wollen den Nachfahren veralteter fatalistischer Unsitten immer wieder sagen und beweisen, daß es doch etwas nützt. Wir werden ihnen immer wieder sagen, daß es ihre Pflicht ist, selbst Hand ans Werk zu legen, um das eigene Schicksal zu schmieden zu ihrem eigenen Wohlergehen und zum Gedeihen der Gesamtbewegung, daß es ihre Pflicht ist, sich dem Verbande als tätiges Mitglied anzuschließen, um vereinigt das zu erstreiten, was dem Einzelnen zu erringen unmöglich ist!

Diese Ermahnungen werden erfreulichen Nutzen stiften und wiederum zur Verminderung der Zahl jener denkfaulen, untätigen Sonderlinge beitragen. Und das ist ein trefflicher Beweis dafür, daß auch unsere Werbetätigkeit etwas nützt und daß es nichts nützt, zu sagen, es nütze alles nichts!

Besprechung der Organisationsvorstände.

Am 25. Juni fand eine gemeinsame Konferenz der Vorstände der vier Bergarbeiterverbände statt. Mit Rücksicht auf die kürzlich bekannt gegebene Erhöhung der Getreide- und Mehlpreise, die nicht für sich allein, sondern im Zusammenhange mit den Preisen der übrigen Lebensmittel und Bedarfsartikel gewertet werden muß, wurde die Einreichung einer Lohnforderung an den Zechenverband in Essen sowie an den Handelsminister beschlossen. Wir bringen die Eingabe im Anschluß hieran zum Abdruck. Die Lohnverhältnisse in den anderen Bergbaubezirken wurden ebenfalls eingehend erörtert. Des ferneren wurde der Herr Reichskanzler, Graf von Hertling, in einem längeren Schreiben um Gewährung einer Aussprache mit den Organisationsvertretern gebeten. Auch diese Eingabe lassen wir nachstehend folgen.

Eine weitere Eingabe, die dem Reichskanzler, sowie dem Reichstag und Bundesrat übermittelt werden soll, geht dahin, daß den deutschen Knappschaftsvereinen die Ausgaben, welche ihnen durch die Kriegseinwirkungen entstehen, aus Reichsmitteln erstattet werden. Diese Eingabe werden wir in der nächsten Nummer zum Abdruck bringen.

In der erwähnten Konferenz wurde von den Verbandsvorständen einmütig zum Ausdruck gebracht, daß die weitere Stärkung der Organisationen unbedingt notwendig sei, um den berechtigten Wünschen und Forderungen der Bergarbeiter immer größerein Nachdruck zu verleihen.

Eingabe betr. Lohnerhöhung für alle Bergarbeiter.

Essen, Bochum, Wanne, den 25. Juni 1918.

An den Zechenverband in Essen, Bismarckstraße.

Nach der Bundesratsverordnung vom 15. Juni d. Js. sollen die Getreidepreise eine erhebliche Steigerung erfahren. Weizen und Roggen werden um 35 Mark die Tonne erhöht, Hafer und Gerste um 30 Mark. Diese Steigerung bringt auch eine Erhöhung der Mehlpreise mit sich. Da heute ohnehin schon die Kosten der Lebenshaltung für die Bergarbeiterschaft fast unerschwinglich sind, sehen sich die unterzeichneten Verbände, in Erledigung der immer dringender werdenden Vorstellungen der Belegschaften genötigt, für die Bergarbeiter folgendes zu beantragen:

1. Für Hauer und Lehrhauer einen Durchschnittslohn von 15 Mark pro Schicht, ausschließlich Kindergeld und etwaiger anderer Teuerungszulagen.

2. Für erwachsene männliche Schichtlöhner unter und über Tage eine Lohnerhöhung von mindestens 2 Mark pro Schicht.

3. Für weibliche und jugendliche Arbeiter eine Lohnerhöhung von mindestens 1 Mark pro Schicht.

4. Eine Verdoppelung des Kindergeldes.

Zur eingehenden Begründung vorstehender Anträge führen wir folgendes aus:

Die demnächst eintretende Steigerung der Getreide- und Mehlpreise, die schon an sich eine erneute Belastung der Konsumentenschaft bedeutet, muß im Zusammenhange mit den Preisen für alle anderen Lebensmittel, Kleidung, Schuhwerk usw. gewertet werden. Diese Preise sind heute so, daß eine weitere Erhöhung der Lebensmittelpreise nicht mehr ertragen werden kann. Zweifellos wird aber die Erhöhung der Getreidepreise eine Preissteigerung für die anderen landwirtschaftlichen Produkte im Gefolge haben. Schon jetzt werden verschiedene Produkte genannt, die angeblich ebenfalls erheblich teurer bezahlt werden müßten.

Als Vertreter der Bergarbeiterschaft haben wir gegen diese Politik der ständigen Preiserhöhungen, die durch das Telegramm des Bergbaulichen Vereins an den Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamtes im Frühjahr 1917: „es kommt für den Verbraucher mehr auf das Vorhandensein, als auf den Preis der Ware an“, noch gestützt wurde, stets aufs schärfste protestiert. Die Löhne der Bergarbeiter sind während des Krieges bei weitem nicht in dem Maße gestiegen, wie die Preise für die Lebensbedürfnisse.

Nach der neuesten amtlichen Lohnstatistik für das 1. Vierteljahr 1918 stellte sich z. B. der Durchschnittslohn sämtlicher Arbeiter im Oberbergamtsbezirk Dortmund auf 9,46 Mark pro Schicht. Hauer und Lehrhauer verdienten durchschnittlich 12,16 Mark, Schichtlöhner unter Tage 8,10 Mark, Schichtlöhner über Tage sogar nur 7,68 Mark. Bei solchen Löhnen wird die Beschaffung des notwendigsten Lebensunterhaltes, besonders für die niedrig entlohnten Schichtlöhner, immer mehr in Frage gestellt. Trotzdem wird aber in einer gewissen Presse das Volk immer aufs neue gegen die angeblich so unverhältnismäßig „hohen“ Löhne der Arbeiter aufgehetzt.

Was der Lebensunterhalt kostet, geht aus einer bereits im vorigen Jahre aufgestellten Verbrauchsrechnung für eine fünfköpfige Bergmannsfamilie in Essen hervor. Es zeigte sich da, daß für die betreffende Familie, in der noch die Frau für sich und die Kinder die Kleidung selbst anfertigte und der Mann die Schuhe zum größten Teile selbst flickte, eine Gesamtwochenausgabe von 82,49 Mark erforderlich war, pro Tag also 11,78 Mark. Mittlerweile sind ja die Haushaltungskosten nicht billiger geworden, im Gegenteil erheblich gestiegen.

Bei einer ähnlichen Berechnung des Statistischen Amtes in Frankfurt a. M. stellte sich heraus, daß eine sechsköpfige Familie, um einigermaßen ausreichend leben zu können, täglich 11,21 Mark ausgeben muß. Es handelte sich dabei nur um Ausgaben für Nahrungsmittel. Wer mit solchen Zahlen die Löhne der Bergarbeiter vergleicht, wird sich der Einsicht nicht verschließen können, daß die Löhne zum Lebensunterhalt und zur Aufrechterhaltung der so notwendigen Arbeitskraft nicht ausreichen.

Damit nun die Bergarbeiter die so erheblich gesteigerten Kosten der Lebenshaltung in etwa ausgleichen können, ist eine Erhöhung der Bergarbeiterlöhne unbedingt erforderlich. Wir bitten daher um Gewährung der eingangs gestellten Forderungen.

Zur persönlichen Aussprache in der vorstehenden Angelegenheit sind wir auf Wunsch gerne bereit.

Mit hochachtungsvollem Glückauf!

(Folgen Unterschriften der vier Bergarbeiterverbände.)

Die gleiche Eingabe wurde auch an den Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Sydow, gerichtet, und ebenfalls um eine Aussprache gebeten.

* * *

An den Reichskanzler sandten die Verbände folgende

Eingabe betr. Gewährung einer Aussprache.

Essen, Bochum, Wanne, den 25. Juni 1918.

An Se. Exzellenz, den Herrn Reichskanzler
Grafen von Hertling, Berlin.

Beifolgend gestatten sich die unterzeichneten Vorstände der Bergarbeiterorganisationen, Ew. Exzellenz eine an den Herrn Handelsminister und den Zechenverband gerichtete Eingabe zur gefälligen Kenntnisnahme ganz ergebenst zu unterbreiten. Gleichzeitig erlauben wir uns die Bitte, Ew. Exzellenz möge uns zur Erörterung der gegenwärtigen Ernährungsverhältnisse eine Besprechung gewähren.

Zur Begründung unserer Bitte weisen wir darauf hin, daß die kürzlich angekündigte Preiserhöhung für Getreide und Mehl unter der Arbeiterschaft eine große Erbitterung hervorgerufen hat. Man hält die Erhöhung sachlich in keiner Weise für gerechtfertigt und die angegebenen Gründe für nicht stichhaltig. Bezüglich des Hinweises auf die Uebernahme der Druschprämie auf das Reich wird hervorgehoben, daß die Summe auf dem Wege der Steuern aufgebracht werden muß, und hierfür in erster Linie die breiten Schultern der minderbemittelten Volkskreise herhalten müssen.

All diese Gründe fordern zu einer nachdrücklichen Stellungnahme gegen die Preiserhöhung heraus. Um so mehr, als auch jetzt wieder die Schraube ohne Ende angesetzt wird, mit der Begründung, die Preise müßten in das richtige Verhältnis zu den Getreidepreisen gebracht werden. Weil die Getreidepreise hoch sind, müssen die Viehpreise steigen, daher dann auch die Fleisch-, Butter-, Milchpreise usw.

Die Folge hiervon ist, daß die Notlage des größten Teiles der minderbemittelten, schwer arbeitenden Bevölkerung immer kritischer und die Bestreitung des erforderlichen Lebensunterhaltes immer schwieriger wird.

Dazu kommt dann noch, daß auch die innerpolitische Situation durchaus nicht dazu angetan ist, die breiten Volksmassen mit der Erhöhung der Getreide- und Mehlpreise, sowie mit weiteren Preissteigerungen weiter zu beunruhigen. Die Herabsetzung der Brotration, dann vor allem die heftigen Kämpfe um die Erweiterung der politischen Volksrechte, wobei besonders die Vertreter ländlicher Kreise die größten Schwierigkeiten machen, die unverständliche Haltung der Regierung in Sachen der Arbeitskammern haben eine außerordentlich verbitterte, zu großen Bedenken Anlaß gebende Stimmung im Volke hervorgerufen.

Aus diesen Gründen haben wir die eingangs erwähnte Bitte an Ew. Exzellenz gerichtet, in der Hoffnung, daß dieselbe eine gütige Berücksichtigung findet.

Mit hochachtungsvollem Glückauf!

(Folgen Unterschriften der vier Bergarbeiterverbände.)

Lohnkontrolle durch die Arbeiter.

Die Willkür bei der Lohnbemessung drängt immer mehr zu einer Lohnkontrolle durch die Arbeiter. So lange diese Lohnkontrolle fehlt, haben die Arbeiter keinerlei Gewähr, daß selbst die gemachten Zugeständnisse gehalten werden. Auf die außerordentlich starken Lohnunterschiede haben wir immer wieder hingewiesen, die besonders jetzt die Existenz der Arbeiterfamilien ständig bedrohen. Wie notwendig eine fortlaufende Lohnkontrolle, die alle organisierten Arbeiter umfaßt, auf den Werken ist, beweist selbst die amtliche Lohnstatistik. Danach war im ersten Viertel 1918 stellenweise sogar eine Lohnrückgang zu verzeichnen. Alle Berichte, welche uns über Lohn- und Gedingekürzungen zugingen, werden dadurch bestätigt. Den besten Einblick gibt folgende Gegenüberstellung, wonach der Durchschnittslohn im vierten Viertel 1917 und im ersten Viertel 1918 betrug (in Mark):

	Eigentliche Bergarbeiter 4.	Eigentliche Bergarbeiter 1.	Sonstige Bergarbeiter 4.	Sonstige Bergarbeiter 1.	Erwachsene Uebertagsarb. 4.	Erwachsene Uebertagsarb. 1.	Jugendliche Arbeiter 4.	Jugendliche Arbeiter 1.
Ruhrgebiet	11,51	12,16	7,71	8,10	7,32	7,68	3,28	3,39
Oberschlesien	9,41	9,64	6,76	6,86	6,09	6,23	2,77	2,80
Niederschlesien	7,27	7,44	6,42	6,56	5,27	5,36	2,88	2,96
Saargebiet	10,30	10,64	7,88	8,17	7,67	7,93	3,21	3,41
Aachener Revier	10,22	11,13	7,18	7,60	6,36	6,66	2,91	3,09
Niederrh. Steinkohlenbergbau	11,81	12,34	8,02	8,34	7,15	7,76	3,19	3,42
Haller Braunkohlenbergbau	7,16	7,34	6,07	6,43	5,95	6,18	3,36	3,51
Linksrh. Braunkohlenbergbau	8,98	9,33	7,44	7,26	8,35	8,79	4,35	4,46
Haller Salzbergbau	7,30	7,50	6,17	6,21	5,96	5,96	2,92	2,89
Klausthaler Salzbergbau	7,46	7,67	6,30	6,52	5,96	6,11	3,07	3,09
Mansfelder Erzbergbau	8,30	8,39	7,48	7,70	6,99	7,01	3,51	3,71
Oberharzer Erzbergbau	8,71	8,73	7,92	7,80	6,41	6,28	3,83	3,48
Siegener Erzbergbau	9,70	10,60	6,99	7,80	6,68	7,39	2,97	3,36
Nassau-Wetzlarer Erzbergbau	6,45	6,25	5,25	5,81	5,34	5,92	3,21	3,43
Rechtsrhein. Erzbergbau	8,06	8,30	6,09	6,44	6,11	6,50	3,15	3,52
Linksrhein. Erzbergbau	6,31	6,97	5,19	5,60	5,44	5,67	2,78	2,91

Einen Lohnrückgang haben nach dieser Gegenüberstellung zu verzeichnen die eigentlichen Bergarbeiter im Nassau-Wetzlarer Erzbergbau, die sonstigen Bergarbeiter im linksrheinischen Braunkohlen- und Oberharzer -Erzbergbau, die erwachsenen Uebertagsarbeiter im Oberharzer- und Nassau-Wetzlarer Erzbergbau und die jugendlichen Arbeiter im Haller Salzbergbau. Der Lohnrückgang schwankt zwischen 2—20 Pf. pro Arbeiter und Schicht.

Aber auch die Lohnsteigerungen entsprechen nicht den gehegten Erwartungen und den stellenweise gemachten Zugeständnissen. Dieselben schwanken in den angeführten Hauptbergbaubezirken für die eigentlichen Bergarbeiter zwischen 2 + 96 Pf., für die sonstigen Bergarbeiter zwischen 4 + 81 Pf., für die erwachsenen Uebertagsarbeiter zwischen 0 + 71 Pf., für die jugendlichen Arbeiter zwischen 2 + 39 Pf. pro Schicht. Und noch stärker wie die Lohnsteigerungen schwankt die Lohnhöhe. Dieses Lohnbild mögen sich die Arbeiter in allen Revieren einmal vor Augen halten und sich fragen, worauf die große Verschiedenheit in der Lohnsteigerung und Lohnhöhe wohl zurückzuführen ist. Das wird zur Ein- und Umkehr führen.

Durch den Zusammenschluß aller Arbeiter in der Organisation kann erst die notwendige Einheit und Aktionsfähigkeit gewonnen werden. Soweit dieselbe in den einzelnen Bergbaubezirken oder auf den Werken schon besteht, muß sie dazu benutzt werden, eine fortlaufende Lohnkontrolle durchzuführen. Dann sind die Arbeiter über die Lohnverhältnisse stets genau unterrichtet, und sie können das gewonnene Material zu den ihnen notwendig erscheinenden Schritten benutzen. Ohne diese Lohnkontrolle stehen die Arbeiter immer mit leeren Händen da, und wo der Schlichtungsausschuß angerufen wird, muß er sich auf die Angaben der Werksvertreter stützen, weil andere Unterlagen fehlen. Damit sind die Arbeiter den Werken in die Hand gegeben. Alles Schimpfen auf das Hilfsdienstgesetz, die Schlichtungsausschüsse und sonstigen Einrichtungen ändert an dieser harten Tatsache nichts.

Nur durch die Tat selbst ist an dieser Tatsache etwas zu ändern. Wer klagt, ist beweispflichtig. Bevor man klagt, muß man sich daher die notwendigen Beweismittel beschaffen. Wer das nicht tut, handelt töricht und darf sich nicht wundern, wenns schief geht. Ein unparteiischer Richter kann nur der Beweislage entsprechend urteilen. Wer daher ein günstiges Urteil erstreiten will, muß seinen Anspruch mit guten und ausreichenden Beweismitteln stützen. Wenn sich der Richter auf die Beweismittel des Gegners stützen muß, weil andere fehlen, kann er naturgemäß auch nur in dessen Sinne urteilen.

Hiernach ist aber bisher leider vielfach nicht verfahren worden. Die Arbeiter kamen in den Belegschaftsversammlungen zusammen und redeten sich ihre gewiß berechtigten Beschwerden über die nicht ausreichenden Löhne vom Herzen. Danach wurde beschlossen, daß der Arbeiterausschuß nochmals bei der Verwaltung vorstellig werden und eventuell den Schlichtungsausschuß anrufen solle. Daß dazu auch noch etwas mehr gehört, wie ein solcher Beschluß, daran wurde meist nicht gedacht. So kam es denn, daß der Arbeiterausschuß leider nur zu oft ohne das nötige Beweismaterial vor dem Schlichtungsausschuß stand. Dadurch hatte der Werksvertreter naturgemäß von vornherein gewonnenes Spiel. Seine Lohn- und sonstigen Angaben konnten nicht entkräftet werden, und folglich mußte sich der Schlichtungsausschuß, weil andere Unterlagen fehlten, darauf stützen und in diesem Sinne entscheiden.

Die Schlichtungsausschüsse können nur mit größerer Aussicht auf Erfolg angerufen werden, wenn die Arbeiter ihre Klagen planmäßiger vorbereiten und für die entsprechenden Beweismittel sorgen. Mit gutgemeinten Reden und Beschlüssen ist es nicht getan. Eine planmäßige und fortlaufende Lohnkontrolle ist vielmehr notwendig. Dieselbe braucht aber nur die organisierten Arbeiter zu erfassen. Es kann den organisierten Arbeitern übrigens auch nicht zugemutet werden, für die Unorganisierten die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Das mögen diese selbst besorgen oder sonst sehen, wo sie bleiben. Die Erfassung der organisierten Arbeiter kann in der Weise erfolgen, daß jeder seine Schichtenzahl, die Gesamtlohnsumme und den pro Schicht verdienten Lohn auf einen Zettel schreibt und diesen an eine bestimmte Stelle abgibt. Diese Zettel werden gesammelt und von dazu befähigten Kameraden bearbeitet. Auf diese Weise läßt sich der Durchschnittslohn, der Höchstlohn, der Niedrigstlohn usw. ermitteln. Geschieht das fortlaufend, so ergibt sich nach und nach ein äußerst wertvolles Material zur Beurteilung der Lohnfrage, dem sich auch kein Schlichtungsausschuß entziehen kann.

Allerdings ist das auch eine große Aufgabe, die denen nicht aufgebürdet werden darf, die bisher schon alle sonstigen Arbeiten geleistet haben. Welche Arbeit dabei zu bewältigen ist, haben wir in Nr. 17 der „Bergarbeiter-Zeitung" an dem Beispiel der Zeche Viktoria in Lünen gezeigt. Neue Kräfte müssen zu dieser Arbeit gewonnen werden. Nicht die besten Redner, sondern die besten Rechner und Statistiker sind dabei notwendig. Mögen unsere Ortsverwaltungen daher nach solchen Kräften Umschau halten. Ueberall, wo sich geeignete Kräfte dazu finden, muß so bald als möglich eine ständige Lohnkontrolle eingeführt werden. Je gründlicher und vollkommener die geleistete Arbeit ist, um so größer wird auch der Erfolg sein.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die Gruben in den Kohlenbecken des Nord und Pas de Calais.

Gegenüber der ungeheuerlichen Verwüstung Frankreichs durch den Krieg weisen jetzt selbst belgische Zeitungen, wie die „Revue Internationale", darauf hin, daß Belgien sich noch glücklich preisen könne, weil seine Industrie halbwegs unversehrt bleibe, während in den französischen Kohlenrevieren, Hütten und Gruben der Vernichtung geweiht seien. Wenn der Krieg mit Ende dieses Jahres beendigt würde, wie man allgemein annehme, werde die belgische Industrie ganz günstige Aussichten für den Wiederbeginn ihrer Tätigkeit vorfinden, während Frankreichs Wirtschaftsleben durch die Stillegung und Zerstörung der Gruben in den beiden Kohlenzentren Pas de Calais und Nord am Lebensnerv getroffen werde.

Sehen wir uns die französische Bergwerksstatistik an, so finden wir diese Angaben vollauf bestätigt. Im Jahre 1910 förderten im Departement Pas de Calais 98 Kohlengruben, in dem du Nord 46. Die Gesellschaft Anzin hatte allein 18 Schächte in Betrieb. Von der belgischen Grenze zieht sich das französische Kohlenbecken 90 Kilometer weit hin. Es durchschneidet Douai und Bethune erreicht bei Lens eine Breite von 12 Kilometern.

Während bei Denain und Anzin schon 1717 Konzessionen verliehen wurden, wurden die Bergwerke im Revier Pas de Calais erst Mitte des vorigen Jahrhunderts in Angriff genommen. Ein ungeheueres Kapital ist in diesen Kohlenbecken festgelegt. Die größte der Bergwerksgesellschaften von Lens hat z. B. seit 1852 155 Millionen Franken für die Erschließung der Gruben aufgewendet. Die Kohlenerzeugung der Gesellschaften dieses Beckens betrug 1913 29 269 751 Tonnen. Davon entfallen auf die Gesellschaft Aniche 2 512 340, Anzin 3 458 718, Bethune 2 422 860, Vruay 2 711 927, Carvain 287 356, Courrières 3 063 068, Douchy 415 544, Dourges 1 442 710, Drocourt 654 910, Escarpelle 872 059, Ferfay 228 566, Flines-les-Raches 133 862, Lens 3 867 107, Liévin 1 996 450, Marles 1 781 549, Meurchin 502 650, Ostricourt 750 000, Thivencilles 181 754, Vicoigne et Nœux 1 983 281, zusammen 29 269 751 Tonnen.

Die Kapitalisten machten reiche Gewinne und hatten ihr Schäfchen längst im Trockenen, ihr Anlagekapital hundertfältig zurückerhalten. Wie gut sich das angelegte Kapital verzinste, zeigt folgende Aufstellung:

Gruben	Kapital	Div. 1913	Wert am 30. Juni 1914
Bethune	3 000 000	111	46 000 000
Vruay	3 000 000	450	130 000 000
Carvin	1 972 000	37	14 703 750
Clarence	5 000 000	—	3 900 000
Courrières	6 000 000	120	301 800 000
Crespin	8 780 500	—	4 900 000
Douchy	3 044 000	15	19 339 550
Dourges	1 800 000	150	77 400 000
Drocourt	3 500 000	15	21 000 000
Escarpelle	2 886 500	25	19 339 550
Ferfay	2 625 000	0,03	980 000
Flines les-Raches	3 000 000	—	1 650 000
Lens	900 000	1400	397 200 000
Liévin	2 916 000	140½	119 182 000
Ligny	6 000 000	4	6 840 000
Meurchin	2 000 000	22	8 000 000
Ostricourt	3 000 000	12	1 608 000
Thivencelles	2 500 000	7	7 500 000
Vicoigne	2 400 000	216	53 600 000
Zusammen	64 894 000		1 228 897 000

Auch folgende vier Gesellschaften können sich sehen lassen:

Gesellschaft	Aktien	Div. 1913	Kurs am 30. 6. 1914	Wert am 30. 6. 1914
Aniche	62 240	80,00 %	2630	163 691 200
Anzin	28 800	210,00 %	7503	216 144 000
Marles 70 %	1 600	156,42 %	4305	6 880 000
Marles 30 %	16 000	43,75 %	3000	48 000 000
				434 715 200

Insgesamt sind es also über 1½ Milliarden Franken, welche allein in diesen beiden Kohlenbecken investiert sind, die jetzt durch den Fortgang der deutschen Offensive im Westen in den Bereich des Feuers und der Zerstörung einbezogen sind. Die Geldmänner mögen diesen Verlust vielleicht tragen können; am schlimmsten trifft die Verwüstung durch die Kriegsfurie die Arbeiter, die ihre Heimat verlassen müssen, oft unter Zurücklassung ihrer Habseligkeiten, froh, das nackte Leben zu retten. Wie glücklich können trotz aller Kriegsnöte wir uns preisen, daß kein Feind über unsere Grenze schreitet! Frankreichs Bedarf an ausländischer Kohle betrug 1913 18½ Millionen Tonnen. Durch die Zerstörung der Gruben in Nord und Pas de Calais allein steigert sich dieser Einfuhrbedarf um 150 Prozent. Armes Frankreich! Noch ärmere französische Arbeiter, die am meisten und längsten unter der Zerstörung der Industrie leiden und leiden werden! Wann endlich wird sich die Einsicht durchsetzen, daß der Friede dieser Kulturzerstörung ein Ende bereiten muß!

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die gewaltige Zunahme der Frauenarbeit

während des Krieges tritt auch deutlich zutage in den Auszügen aus den Berichten der preußischen Gewerbeinspektoren für das Jahr 1917, die das Handelsministerium als Ersatz für die seit Kriegsbeginn nicht mehr veröffentlichten, oft sehr ausführlichen Jahresberichte der einzelnen Gewerbe-, Fabrik- und Berginspektoren veröffentlicht hat. Danach ist die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter in 1917 gegen 1913 nur wenig zurückgegangen, von 3 633 618 im Jahre 1913 auf 3 530 711 im Jahre 1917. Das ist eine Verminderung um 2,8 Prozent. Dagegen weist die Zusammensetzung der Arbeiterschaft eine sehr wesentliche Verschiebung auf, welche die nachfolgende Zusammenstellung deutlich macht.

	1913 Zahl der Beschäftigten	1913 Auf 100 Beschäftigte	1917 Zahl der Beschäftigten	1917 Auf 100 Beschäftigte
Erwachsene Männer	2 662 152	73,3	1 956 202	55,4
Erwachsene Frauen	687 734	18,9	1 240 593	35,1
Junge Leute zwischen 16 und 18 Jahren	280 148	7,7	327 904	9,3
Kinder unter 14 Jahren	3 584	0,1	6 012	0,2
Zusammen	3 633 618	100,0	3 530 711	100,0

Die Zahl der männlichen Arbeiter hat sich um 705 950 oder 26,5 Prozent vermindert. Dagegen ist die Zahl der erwachsenen, das heißt über 18 Jahre alten Arbeiterinnen um 552 859, das ist um 80,4 Prozent, gestiegen. Auch die Zahl der Jugendlichen hat eine erhebliche Steigerung, um 47 756 oder 17 Prozent, erfahren. Ganz besonders bedenklich ist aber die starke Steigerung, welche die Zahl der beschäftigten Kinder unter 14 Jahren erfahren hat. Absolut genommen handelt es sich um niedrige Zahlen; im Jahre 1913 wurden in den Fabriken 3584 Kinder gezählt und im Jahre 1917 6012. Diese Zunahme um 2428 bedeutet aber eine Vermehrung um 67,7 Prozent. Natürlich geben diese Zahlen kein Bild von dem wirklichen Umfang der Kinderarbeit. In verhältnismäßig weit stärkerem Maße als in den Fabriken werden Kinder in den kleinen Betrieben beschäftigt, die der Gewerbeaufsicht nicht unterstehen, und ganz besonders in der Heimindustrie, der Domäne der Kinderarbeit. Wenn man erwägt, wie wertvoll jetzt das Leben des Nachwuchses für unsere Volkswirtschaft geworden ist, wieviel Arbeit auf die Inangriffnahme einer weitblickenden Bevölkerungspolitik verwendet wird, dann muß diese vorzeitige Einspannung der Kinder in das Joch des Kapitalismus recht bedenklich stimmen.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Der Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für 1917 bringt über den Stand der deutschen Konsumvereinsbewegung am 1. Januar 1918 folgende schätzungsweise Darstellung:

Es bestanden Anfang 1918 2500 Konsumvereine, die rund 2,9 Millionen Mitglieder umfaßten und einen Umsatz im eigenen Geschäft von 805 Millionen Mark erzielten, von denen für 182 Millionen Mark in eigenen Betrieben hergestellt waren. Der erzielte Reingewinn betrug 60 Millionen Mark, der Wert des Grundbesitzes 108 Millionen, die Höhe der Geschäftsguthaben der Mitglieder 35 Millionen und die der Reserven aller Art 37 Millionen Mark. Der größte und fortgeschrittenste Teil der deutschen Konsumvereinsbewegung ist im Zentralverband organisiert. Es gehören dem Verbande an:

		Zahl der Ver.	Berichtet Ver.	Mitgliederzahl	Umsatz Mk.	Eigenproduktion Mk.	Ueberschuß Mk.
Konsumvereine	1916	1068	1068	2052139	590962713	159752231	40877084
„	1917	1079	1072	2139630	599614466	143599492	35347195
Arbeits- und a. Gen.	1916	31	30	9836	12485273	12485273	582143
Dasselbe	1917	31	30	9606	12850163	12850163	699073
Großeinkaufsgesellschaft	1916	1	1	874	133896014	28812907	2176151
Dieselbe	1917	1	1	925	107737281	23095427	1486205
Verlagsgesellsch.	1916	1	1	555	5063388	4971720	240648
„	1917	1	1	560	6407279	5577142	246639
Summe	1916	1110	1100	2063404	728388821	185522137	43875926
	1917	1112	1104	3200781	717120040	185122224	37773107

Die wichtigste Gruppe unter den dem Zentralverband angeschlossenen Organisationen ist natürlich die der Konsumvereine. Sie hat die Zahl ihrer Mitglieder nicht unwesentlich erhöht, ebenso den Umsatz, eine Erhöhung, die freilich nur auf die allgemeine Steigerung der Warenpreise zurückzuführen sein dürfte. Von dem Umsatz dieser Vereine in Höhe von 600 Millionen Mark entfallen 591 Millionen auf den Umsatz im eigenen und 9 Millionen auf den im Lieferantengeschäft. Einen erfreulichen Aufschwung hat trotz der schwierigen Zeitverhältnisse die Eigenproduktion der Konsumvereine genommen. Es wird jetzt rund ein Viertel der abgesetzten Waren in eigenen Betrieben hergestellt; wenn man die Eigenproduktion der Großeinkaufsgesellschaft und die der meist für den Bedarf der Konsumvereine arbeitenden Produktivgenossenschaften hinzurechnet, sogar fast ein Drittel. Die Erübrigung, einschließlich des festen Rabattes, ist leider zurückgegangen, eine Folge der außerordentlich gesteigerten Geschäftslasten, denen keine entsprechend gesteigerten Aufschläge auf die Warenpreise gegenübergestellt werden konnten. Beschäftigt wurden in den berichtenden Konsumvereinen 1917 24 886 Personen, davon 20 961 in der Warenabteilung und 3925 in der Warenherstellung.

Die Geschäftsguthaben der Mitglieder betrugen am Jahresschlusse 42,6 Millionen Mark, die verschiedenen Fonds 38 Mill. Mark, die Hausanteile der Mitglieder 5,4 Millionen Mark, was zusammen ein eigenes Betriebskapital von 86 Millionen Mark oder rund 41 Mark pro Mitglied ergibt. Es ist dies immerhin noch eine recht bescheidene Summe. Der Grundbesitz stand mit 107 Millionen Mark zu Buche.

Die zweite Gruppe, die der Arbeits- und sonstigen Genossenschaften, stellt eine recht buntscheckige Gesellschaft dar. Es gehören ihr neben den eigentlichen Produktivgenossenschaften noch eine Anzahl Baugenossenschaften, Vereinshäuser, 7 Konsumenten-Produktivgenossenschaften, die ausschließlich für den Bedarf ihrer eigenen Mitglieder produzieren, und eine Zentral-Produktivgenossenschaft an. In der Zusammensetzung und den Geschäftsergebnissen dieser Gruppe hat sich wenig geändert. Uebrigens nimmt der Zentralverband seit 1913 keine neuen Arbeitsgenossenschaften mehr als Mitglieder auf. Es wurden von diesen Genossenschaften 1447 Personen beschäftigt, und zwar 1098 in der Warenherstellung und 349 in der Verteilung.

Die dritte und vierte Gruppe wird nur von je einer Gesellschaft gebildet. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hat ihr Vermittlungsgeschäft im vergangenen Jahre nicht unwesentlich einschränken müssen; eine Folge der immer stärkeren Uebernahme der Warenvermittlung auf den Staat und die Kommunen. Auch ihr Ueberschuß ist infolgedessen stark zurückgegangen. Die Gesellschaft zählte Ende 1917 1097 Teilhaber. Sie beschäftigte in ihren Betrieben 1577 Personen gegen 1892 im Vorjahre.

Die Geschäftsergebnisse der Verlagsanstalt deutscher Konsumvereine sind im wesentlichen aus obiger Aufstellung ersichtlich. Es werden hier die Zeitungen und die Broschürenliteratur des Verbandes hergestellt; auch hat die Gesellschaft eine Versicherungs- und eine juristische Abteilung und betreibt die Herstellung von Tüten für die Vereine.

Internationale Rundschau.

Wirtschaftskrieg nach dem Kriege?

Das großkapitalistische Unternehmertum in den uns feindlichen Ländern drängt darauf, nach Abschluß des menschenmordenden Krieges den Kampf gegen Deutschland durch Verhinderung von Rohstoff- und Lebensmittelzufuhren und durch Boykott unserer Warenausfuhr fortzusetzen. Daß es der Wunsch dieser uns bitterfeindlichen Unternehmerkreise ist — die den stärksten Einfluß auf die Regierungen ihrer Heimatländer besitzen und die öffentliche Meinung durch die gekaufte Stinnespresse ständig bearbeiten lassen — Deutschlands Industrie und Handel möglichst vom Weltmarkt auszuschalten, unterliegt gar keinem Zweifel. Ob und wie weit diese Pläne verwirklicht werden können, das ist eine andere Frage, die jedenfalls der wichtigste Gegenstand der doch einmal kommenden Friedensverhandlungen sein wird. Wir brauchen für unsere Volkswirtschaft, um leben und wieder gedeihen zu können, dieselbe Bewegungsfreiheit im internationalen Handel und Verkehr, wie wir sie vor dem Kriege besaßen, und können um unserer Existenz willen auf diese Forderung nicht verzichten! Um dieses Ziel zu erreichen, muß auch die deutsche Arbeiterschaft kämpfen und alles unterstützen, was vernünftig und geeignet ist, uns aus der Umklammerung der feindlichen Wirtschaftsmächte dauernd zu lösen. Wir sind und bleiben der festen Ueberzeugung, daß wir dieses Ziel auf dem Wege eines allgemeinen Verständigungsfriedens mit nachfolgender Regelung und Schlichtung internationaler Streitfragen durch internationale Schiedsgerichte, deren Macht durch die verständigten Staaten garantiert werden muß, erreichen können. Welche umfassenden, unsere wirtschaftliche Zukunft schwer bedrohenden Maßregeln seitens des britischen Kapitalistentums und seiner Verbündeten nach dem Kriege gegen uns durchgeführt werden sollen, darüber gibt die „Frankfurter Zeitung" folgende Zusammenstellung:

„Das englische Parlament hat vor einiger Zeit einer Regierungsvorlage zugestimmt, wonach die Betätigung in der Erzeugung, dem Handel und der Verarbeitung von Metallen von der Erteilung einer Lizenz abhängig sein soll; diese Lizenz darf, zunächst bis fünf Jahre nach Friedensschluß, nicht gegeben werden an Angehörige feindlicher Staaten und an Gesellschaften, an denen feindliche Staatsangehörige direkt oder indirekt beteiligt sind. Das ist, wie Helfferich mit Recht betont, die Grundlage für eine englisch-amerikanische Ringbildung größten Umfangs, für eine englisch-amerikanische Kontrolle des gesamten Metallhandels, die den deutschen Kaufmann und Industriellen von dem Geschäft in allen Metallen (mit Ausnahme des Eisens) und, soweit gewünscht, von dem Bezug dieser Metalle ausschalten soll. Ein englisch-australisches Zink-Abkommen, das die australische Zinkproduktion auf Jahre hinaus für England festlegt, bildet die Ergänzung. Englische Ausfuhrzölle auf Palmkerne in den britischen Kolonien zeigen die gleiche Tendenz auf einem anderen Gebiete. Und die jüngst veröffentlichten Berichte verschiedener, 1916 von dem Handelsamt eingesetzter Kommissionen passen für die Textilien nicht minder gut in die Linie. Da soll eine Kontrolle über die Ausfuhr ägyptischer Baumwolle eingeführt werden, um dadurch die Erfordernisse des britischen Reiches und seiner Verbündeten sicher zu stellen. Australien, Neuseeland und Südafrika sollen sich vereinigen, um ihre gesamte Erzeugung an Wolle für die Verbündeten zu kontrollieren; die Ausfuhr von Wolle wie von Baumwolle soll von besonderer Erlaubnis abhängig gemacht, die Ausfuhr nach feindlichen Ländern für mindestens ein Jahr nach Friedensschluß verboten, die Ausfuhr nach neutralen Ländern erst nach Befriedigung des Bedarfs der Alliierten gestattet werden. Indiens Jute-Monopol

soll zu einem Ausfuhrzoll von 5 Pfund Sterling für die Tonne Rohjute ausgenutzt werden, der den Alliierten ganz, den Neutralen gegen entsprechende Gegenkonzessionen teilweise zurückerstattet werden soll. Bemerkenswert ist ferner der Vorschlag, alle Einfuhr von fertigen und halbfertigen Eisen- und Stahlfabrikaten aus den feindlichen Ländern für die Dauer der Uebergangswirtschaft zu verbieten. Nicht minder bemerkenswert endlich ist die vorgeschlagene Zolldifferenzierung zum Beispiel für Seidenwaren, in dreifacher Abstufung für Alliierte, Neutrale und feindliche Länder. Auch der Plan, den Einfuhren zollpflichtiger Artikel aus britischen überseeischen Dominions eine Vorzugsbehandlung zuzugestehen, taucht in diesen Kommissionsberichten wieder auf. Es liegt uns ganz fern, das im einzelnen zu diskutieren. Jenes Metall-Lizenz-Gesetz ist offenkundig eine Maßnahme schärfsten Wirtschaftskrieges; **wir können es niemals anerkennen**, so wenig wie eine Zolldifferenzierung."

Knappschaftliches.

Reform des bayrischen Knappschaftswesens.

Das Gute bricht sich doch Bahn! Seit Jahrzehnten hat unser **Bergarbeiterverband** in Schrift und Wort die Forderung erhoben: **Vereinheitlichung der Knappschaftskassen** durch Verschmelzung der kleinen Kassen, Bildung von Landesknappschaftskassen, schließlich einer Reichsknappschaftskasse. Kein Mensch von uns hat dabei an eine „plötzliche Umwälzung" gedacht, weil wir wissen, welche Hindernisse schon oft bei der Verschmelzung benachbarter Knappschaftsvereine zu überwinden sind. Hätte man aber vor Jahrzehnten in den damals maßgebenden Kreisen den Vorschlägen und Forderungen des Bergarbeiterverbandes rechtes Verständnis entgegengebracht, dann wären wir heute viel weiter mit der Vereinheitlichung und damit der Gesundung unseres Knappschaftswesens. Damals aber wurden wir verdächtigt, das Knappschaftswesen „zerstören" zu wollen, und gedankenlose, unwissende, oder gar feile Zeitungsschreiber stachelten die Knappschaftsgenossen, die nicht wußten, worum es sich handelte, gegen die sogenannten „sozialdemokratischen Feinde unserer bewährten Knappschaftskassen" auf. Heute haben wir die Genugtuung, daß **der Rückversicherungsverband der deutschen Knappschaftskassen** in seinem „**Wartburgvertrag**" in der Richtung der alten Verbandsforderungen arbeitet. Wir erleben weiter die Freude, daß nun die **Bayerische Regierung** selbst dem Landtage einen Gesetzentwurf vorlegte, **der die Vereinigung aller bayerischen Knappschaftsvereine in einer Landesknappschaftskasse** bezweckt. Der Staatsminister, Herr v. Dandl, führte dazu in der Landtagssitzung vom 21. Juni begründend aus: „Die Zusammenfassung aller Knappschaftsvereine zu einem einzigen Verbande bietet den einzelnen Mitgliedern große Vorteile, wie sie bisher in keinem Einzelverein bestanden haben. Die Leistungsfähigkeit des Einheitsverbandes wird selbstverständlich größer sein als die des einzelnen Vereins." Das Gleiche hat der Bergarbeiterverband schon seit Jahrzehnten in zahlreichen Eingaben an die gesetzgebenden Körperschaften hervorgehoben. Jetzt betritt endlich die bayerische Gesetzgebung diesen längst gewiesenen Weg zur Reform des Knappschaftswesens. Die Einheitskasse soll nicht in bestimmter Frist gebildet, sondern allmählich verwirklicht worden, die Regierung will die „Sanierung übernehmen". Man soll die Sanierung (Gesundung) nur nicht in die Länge ziehen, sondern auch daran denken, welche stärkere Belastung den Einzelkassen infolge des Krieges schon entstanden ist und noch entstehen wird. Hier ist Eile geboten, keine Saumseligkeit. Der besprochene Gesetzentwurf will die Regierung ermächtigen, außerdem die knappschaftliche Versicherung auf die Arbeiter in den unterirdischen Steinbrüchen und Gräbereien auf nicht verleihbare Mineralien nebst dazu gehörenden Anlagen auszudehnen. Neue Vereine sollen aber nicht gebildet, sondern die neuen Mitglieder, als welche etwa 2000 Arbeiter (hauptsächlich in Graphit- und Tongruben) in Betracht kommen, sollen den bestehenden nächsten Kassen angegliedert werden. Der Sitz der geplanten Einheitskasse soll München sein. Der Landtag hat den Gesetzentwurf bereits **einstimmig angenommen**.

Knappschaftswünsche der Meggener Bergleute.

In Meggen fand am 23. Juni eine Knappschaftsmitgliederversammlung statt, in welcher nach eingehender Aussprache folgende Entschließung einstimmig angenommen wurde:

„Die Knappschaftsmitglieder der Meggener Grube bedauern, daß in Meggen kein Knappschaftsarzt ansässig ist. Dieser Zustand ist für die Mitglieder sowohl wie für die Knappschaftskasse nachteilig. Die Kasse wird stärker belastet, weil die ersten Hilfeleistungen bei Unfällen usw. von anderen Aerzten ausgeführt und selbstverständlich besonders bezahlt werden müssen. Den Mitgliedern erwachsen durch den weiten Weg zum Knappschaftsarzt besondere Beschwernisse und Unkosten. Wäre ein Knappschaftsarzt am Ort, dann könnte er auch bei Erkrankungen in der Familie in Anspruch genommen werden. Die Mitglieder ersuchen darum den Knappschaftsvorstand, nur einem Arzt die Behandlung der Meggener Bergleute zu übertragen, der in Meggen seinen Wohnsitz hat oder bereit ist, dorthin zu verziehen. Sie beauftragen eine Kommission von 5 Mitgliedern, sich dieserhalb mit dem Knappschaftsvorstand ins Einvernehmen zu setzen. Gleichzeitig sprechen sie den Wunsch aus, daß dem früheren Knappschaftsarzt Dr. Schmelzer die Behandlung der Knappschaftsmitglieder in Meggen wieder übertragen wird. Die Mitglieder sprechen ferner ihre Mißbilligung darüber aus, daß ein Nichtmitglied als Krankenkontrolleur angestellt wurde. Dieser Posten müßte einem Berginvaliden oder einem kriegsbeschädigten Bergmann übertragen werden."

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche Amalie bei Werne. An der Markenkontrolle ist der Raum so klein, daß die Arbeiter ihre Marken nicht abgeben können, wenn eine Bekanntmachung von andern Arbeitern gelesen wird. Man sollte die Bekanntmachungen doch eventuell an anderer Stelle aushängen. Die Lampen sind vielfach schlecht in Ordnung und brennen oft nicht lange genug, wenn die Arbeiter doppelte Schicht verfahren. Diese Lampen müßten doch auch ohne besonderes Trinkgeld gut hergerichtet werden. Für Ueberschichten gibt es Brotzulagen. Wer sich aber am Samstag morgen verschläft und diese Schicht abends verfährt, erhält die Zulage nicht, obwohl es sich doch um eine Ueberschicht handelt. Wie steht es mit diesen Zulagen? Die Brausen laufen teilweise sehr mangelhaft, das Waschwasser hat oft einen so üblen Geruch, als wenn es Grubenwasser wäre. Woran liegt das? Vor einiger Zeit wurden Grubenstiefel ausgegeben. Wer seine Sonntagsschuhe auf der Zeche hatte, bekam keine. Das ist doch nicht in Ordnung. Es gibt Arbeiter, die ihre Fahrmarke schon abends durch andere abgeben lassen, um am nächsten Tage mit dem letzten Korbe einfahren und mit dem ersten ausfahren zu können. Können diese unsauberen Schiebereien denn nicht behoben werden? Geklagt wird auch, daß oft Kohlenwagen nicht angerechnet werden. Einer Kameradschaft fehlten einmal 18 Wagen. Beschwerden hatten keinen Erfolg. Im April verdiente eine Kameradschaft 13,46 M., weil keine Reparaturen in der Strecke vorkamen und weil der Bergeversatz weniger dicht gehalten wurde. Im Mai kamen Reparaturen in der Strecke vor, der Bergeversatz mußte dichter geführt werden, und darum verdiente die Kameradschaft nur 9,84 Mark, erhielt aber auch nichts mehr. Ist das recht? Dabei erging sich der Steiger noch in den beleidigendsten Schimpfereien. Alles das und manches andere wäre gar nicht denkbar, und unsere Kritik würde sich erübrigen, wenn die Unorganisierten ihre Organisationspflicht erfüllten.

Zeche Diergardt III (Franz Ott). Wie es mit der vom Gesetz vorgesehenen freien Vereinbarung beim Vertragsabschluß steht, mußten hier einige Arbeiter erfahren, deren Arbeit sich wesentlich veränderte. Das Gedinge wurde für den Wagen Kohlen nur von 3,70 auf 3,80 Mark erhöht, und als die Arbeiter damit nicht zufrieden waren, wurden sie vom Betriebsführer in der beleidigendsten Weise angefahren. Das kann nicht überraschen. Recht kann ohne Macht nicht bestehen. So lange ein so großer Teil der Arbeiter sich der Organisation nicht anschließt, haben die Werksbesitzer die Macht, und sie wenden dieselbe naturgemäß so an, wie es ihnen am zweckdienlichsten erscheint. Alle Beschwerden ändern daran nichts, sondern nur der Anschluß der Unorganisierten an die Organisation.

Zeche Graf Moltke 1 u. 2. Berichtigung der Notiz in Nr. 24. Die Behauptung, daß für die beanstandeten Wagen nichts bezahlt würde, ist unwahr. Die beanstandeten Wagen werden genau so bezahlt, wie die nicht beanstandeten, also vollwertig. (Unterschrift unleserlich.)

Zeche Königin Elisabeth (Schacht Emil). Hier hat der Zwischenunternehmer Varst die Gesteinsarbeiten. Die Gesteinshauer werden äußerst niedrig entlohnt. Dafür erhalten der Oberaufseher Walter und der Betriebsführer Esser natürlich entsprechend mehr. Wenn die Gesteinshauer darauf hinweisen, daß ein Lohn von 11—12 Mark nicht ausreicht, dann erklären diese Herren im schnauzigen Tone: „Der Unternehmer kann doch kein Geld mitbringen! Haltet euch besser dabei, dann verdient ihr auch etwas!" Natürlich! Der Unternehmer will kein Geld mitbringen, sondern verdienen. Das ist doch der Zweck der Uebung! Und da müssen sich die Arbeiter eben dabeihalten. Wir verstehen nicht, wie sich Arbeiter darüber wundern können. Wenn der Oberaufseher Walter zweimal in der Schicht kommt, tut er auch zweimal nachmessen, wie viel aufgefahren ist. Meter! Meter! Meter! Darum dreht sich alles. Daß die Arbeiter nicht einmal überall einen ausreichenden Fahrweg haben, danach sieht sich niemand um. Für die Störungen infolge Luftmangel, Wagenmangel usw. erhalten die Arbeiter nichts. Alles „geht ins Gedinge", und wenn nichts verdient werden konnte, gibt es 11—12 Mark. Es gibt auch Arbeiter, denen es nie an etwas mangelt, die die besten Geräte, Schlepper usw. haben, und die folglich etwas mehr verdienen. Diese werden natürlich gegen die anderen ausgespielt. Wo die Arbeiter schlecht organisiert sind und gegeneinander ausgespielt werden können, kann es gar nicht anders sein. Daran ändert auch alle Kritik nichts. Es gibt nur einen Weg, der zur Besserung führt: der restlose Anschluß aller an die Organisation. So lange die Arbeiter das nicht einsehen, ist ihnen nicht zu helfen.

Zeche Rheinbaben. Im Mai schwankten hier die Löhne der Gesteinshauer beim Unternehmer auf der 3. Sohle zwischen 10,80 und 14,29 Mark. Was sollen nun die Leute anfangen, die nur 10,80, 11,50 Mark usw. verdient haben? Im Juni ist das Gedinge dann um 15 Mark pro Meter erhöht worden. Warum nicht im Mai? Das Gedinge war im Mai ebenfalls zu niedrig. Diese Willkür bei der Lohnbemessung ist allerdings auch nur möglich, wo die Denkfaulheit und Opferscheu der Unorganisierten vorherrscht.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Gewerkschaft Sachtleben in Meggen. Auf Sachtleben herrschen Zustände, die nicht zur Zufriedenheit beitragen. Die Frühschicht beginnt um 6 Uhr und endet um 2½ Uhr. Die Marken müssen bei den zuständigen Steigern persönlich abgegeben werden; sehr oft kommt es aber vor, daß ¼ vor 3 Uhr und noch später sich kein Steiger blicken läßt. Als Entschuldigung dient dann die Zechenuhr. Einmal geht dieselbe vor, das andere Mal zu spät, und wiederum geht sie überhaupt nicht. Warum wird dieselbe nicht in Ordnung gebracht? Den Arbeiterausschuß möchten wir fragen, ob er beim Baden noch nicht bemerkt hat, daß sehr oft kein Wasser vorhanden ist? Bei einem Arbeiter, der in der Menage wohnt, wurde eine Revision vorgenommen, weil er im Verdacht stand, einem anderen Arbeitskollegen eine Hose entwendet zu haben. Die Hose wurde nicht gefunden. Der Arbeiter, der sich in seiner Ehre gekränkt fühlte, reichte daraufhin seine Kündigung ein. Der Kriegsabkehrschein wurde ihm jedoch verweigert, und am Schlichtungsausschuß wurde er abgewiesen mit der Begründung, daß dieses Sache des ordentlichen Gerichts sei. Wer gibt dem Mann nun seinen ehrlichen Namen wieder?

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Zeche Adolf (Streitfeld). Der Maschinensteiger Kai dürfte seine schwer beleidigenden Aeußerungen den hier beschäftigten Frauen gegenüber unterlassen. Es wird den Frauen viel leichter werden, ihre Aufgaben zu erfüllen, wenn sie nicht beschimpft, sondern höflich behandelt werden. Und wenn Maschinensteiger Kai das nicht kann, dann muß eine andere Verwendung für ihn gefunden werden. Die Gedinge stehen vielfach so niedrig, daß die Arbeiter keinen ausreichenden Lohn verdienen können und auf die Gnade der Beamten angewiesen sind. Das ist doch ein unhaltbarer Zustand. Die verausgabten Lebensmittel sind auch so knapp bemessen, daß die Arbeiter dabei nicht dauernd arbeitsfähig bleiben können. Sowohl in der Lohn- wie auch in der Ernährungsfrage ist größeres Entgegenkommen notwendig. Darauf ist aber nur zu rechnen, wenn die Arbeiter sich der Organisation anschließen.

Grube Gottesgabe (Steinbach). Die Bewetterung ist hier nach wie vor so mangelhaft, daß kürzlich wieder eine Anzahl Arbeiter herausgeschafft werden mußten. Das ist doch unerträglich. Warum greifen hier die verantwortlichen Stellen nicht ein. Die Löhne sind teilweise viel zu niedrig. Als kürzlich einige Arbeiter den Obersteiger um eine Lohnerhöhung ersuchten, sagte ihnen dieser, er könne nicht mehr geben, sie sollen eventuell in 14 Tagen aufhören, sie müßten in den Schützengraben. Der Aufseher Franke hat kürzlich ein 16jähriges Mädchen tätlich beleidigt. Auch der Aufseher Schulze nimmt sich den Arbeitern gegenüber mehr heraus, wie es seines Amtes ist. Solche Verhältnisse wären gar nicht denkbar und unsere Kritik würde sich folglich erübrigen, wenn die Unorganisierten ihre Organisationspflicht erfüllten. So lange die Denkfaulheit und Opferscheu der Unorganisierten geduldet wird, wird sich nichts bessern.

Königreich Sachsen.

Burgker Steinkohlenwerk. Auf dem v. Burgker Steinkohlenwerk ist kürzlich ein Arbeiter entlassen worden, weil er den Obersteiger Bailer beleidigt hat. Wir verurteilen es, wenn ein Arbeiter einen Beamten beleidigt und umgekehrt. Es kommt aber auf die Begleitumstände an. Und die liegen auf diesem Werk so, daß man von der Entlassung ruhig hätte absehen können. Selbst der Obersteiger Bailer behandelt die Arbeiter nicht wie gleichberechtigte Vertragskontrahenten, sondern wie Untergebene. So machen es auch die übrigen Beamten. Die Arbeiter werden in keiner Weise behandelt, wie es dem natürlichen und geschriebenen Recht entspricht, sondern wie Untergebene. Das muß auf die Arbeiter aufreizend wirken. Die Arbeiter dürfen keine Entgegnung wagen, ohne anzuecken. Der Beamte fühlt sich eben als der Vorgesetzte, dem der Arbeiter zu gehorchen hat. So werden alle natürlichen und rechtlichen Begriffe auf den Kopf gestellt, und der Arbeiter muß dafür büßen. Dem Obersteiger Neumeyer auf dem Marienschacht kann nicht genug geleistet werden. Kürzlich konnte man auf dem Füllort lesen: „Nr. 3 und 6 in allen Dritteln zu wenig geleistet." Ist das nicht auch beleidigend? Dem entsprechen selbstverständlich auch die sonstigen Verhältnisse. Die Unorganisierten wollen es aber auch nicht besser haben sonst hätten sie sich längst unserem Verbande angeschlossen. Dann wären solche Verhältnisse gar nicht denkbar, und unsere Kritik würde sich erübrigen.

Saargebiet und Reichslande.

Grube König. Bei der am 20. Juni getätigten Sicherheitsmännerwahl wurde der Kamerad Friedrich Schmidt aus Neunkirchen gewählt. Von 115 Wahlberechtigten wählten 75. Alle Stimmen fielen auf Schmidt, ein Beweis, daß Organisation dahinter steht. Immerhin haben 40 Wahlberechtigte nicht gewählt. Auch da muß noch Feuer dahinter gebracht werden. Nur wenn die Arbeiter restlos zusammenhalten, bilden sie eine Macht; dann wird die Zukunft Früchte zeitigen.

Grube Kl.-Rosseln (Schacht St. Karl). Die Arbeiter, welche von auswärts kommen, klagen darüber, daß es ihnen unter den jetzigen Verhältnissen nicht möglich sei, nachmittags den Zug 3,17 Uhr, der von Gr.-Rosseln abgeht, zu erreichen. Der Arbeiterzug trifft des Morgens zu spät ein, so daß die Arbeiter die letzten bei der Einfahrt sind, und deshalb bei der Ausfahrt die letzten Körbe benutzen müssen. Dadurch passiert es öfters, daß sie den Zug, der 3,17 Uhr nachmittags abgeht, in Gr.-Rosseln nicht mehr erreichen, und den Weg nach Geislautern usw. zu Fuß zurücklegen müssen. Trotz mehrmaligem Vorsprechen bei dem Herrn Obersteiger, die in Betracht kommenden Arbeiter bei der Ausfahrt zu berücksichtigen, so daß sie ¼ von 3 Uhr am Tage sein könnten, wurde ihnen dieser Wunsch abgeschlagen und ihnen geantwortet, sie sollten zu Fuß gehen. Die Antwort würde in der Friedenszeit nicht so erbittern, wie jetzt in der Kriegszeit, wo das Schuhwerk so furchtbar teuer ist, und die Bergarbeiter daheim noch auf ihrem Stückchen Land mitzuhelfen haben, um so das Durchhalten mit zu erleichtern. Die Ernährung ist heute nicht derart, daß man nach angestrengter Schicht noch eine Erholung in einer einstündigen Fußwanderung findet. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, daß sich der Herr Obersteiger eines anderen Sinnes bequemt und die Arbeiter bei der Seilfahrt berücksichtigt.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Ihr seid die Kraft!

Nur wer sich regt, dem wird es glücken,
Die Freiheit hat, wer sie sich schafft! —
Erhebt das Haupt! Auf Euerem Rücken
Tragt Ihr die Welt. Ihr seid die Kraft!

Nur in der Einheit liegt die Kraft!

Das hämmert jeder neue Tag uns erneut ein. Wer trotzdem seine Organisationspflicht nicht erfüllt, ist denkfaul und opferscheu. Jedes Verbandsmitglied muß sich geloben:

Ich

duldeke keine Denkfaulheit und Opferscheu. Wer im Trüben fischen und da ernten will, wo andere gesäet haben, der ist ein Schädling und muß auch dementsprechend behandelt werden. Ich

brauche

nur mit gleicher Münze heimzuzahlen. Wer die Pflichten der Kameradschaftlichkeit und Solidarität verletzt und sich den Werksbesitzern dienstbar macht gegen die eigenen Klassengenossen, hat

keinen

Anspruch auf Achtung. Ehre, dem Ehre gebührt, und jedem das Seine! Wer nicht säet, soll auch nicht ernten! Ein guter Kamerad ist nur, wer auch kameradschaftlich handelt, d. h. unserm

Verband

als Mitglied angehört. Jeder Unorganisierte hindert die Einheit und lähmt die Kraft. Das darf nicht sein. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns und muß auch als Gegner behandelt werden. Danach muß ich handeln,

solange

es in meinem Bereich Unorganisierte gibt. Im gesellschaftlichen und sonstigen Verkehr, auf dem Wege zur Arbeit und zurück und bei allen sonst sich bietenden Gelegenheiten muß

ich

den Unorganisierten ins Gewissen reden. Und wenn das nicht hilft, dann muß ich meine organisierten Kameraden zu Rate ziehen, damit wir uns darüber einigen, was weiter zu geschehen hat. Sollen diese Schädlinge nicht dauernd

miternten,

wo andere gesäet haben, dann müssen ihnen gegenüber andere Saiten aufgezogen werden. Unsere Gutmütigkeit ist uns da nur nachteilig gewesen. Undank ist der Welt Lohn, das haben wir immer erfahren müssen. Es

darf

daher so wie bisher nicht weiter gehen. Wo der Einfluß des einzelnen nicht ausreicht, um die Unorganisierten von ihrer gemeinschädlichen Denkfaulheit und Opferscheu zu heilen, da müssen alle zusammenwirken. Nur

wo

so gearbeitet und nicht locker gelassen wird, ist der Unkameradschaftlichkeit und Opferscheu der Unorganisierten beizukommen. Dabei muß ich nach besten Kräften mitwirken. Ich darf nicht warten, bis

andere

vorangehen, sondern muß eventuell durch mein Beispiel vorbildlich zu wirken suchen. Nur wenn ich selbst meine Pflicht erfülle, kann ich auch von anderen Pflichterfüllung fordern. Niemand soll ernten, wo andere

gesäet

haben. Das gilt für alle in gleicher Weise. Die Bergarbeiter sind nur Opfer der Opferscheu und Pflichtvergessenheit. Würden alle ihre Organisationspflicht erfüllen, würde sich alles besser gestalten. Alle

haben

darum das gleiche Interesse und folglich auch die gleiche Pflicht, die genannten Uebelstände zu überwinden. Nur in der Einheit liegt die Kraft! Diese Einheit gilt es zu erringen, allen Widerständen zum Trotz.

Emsiges Ringen führt zum Gelingen!
Bauft du nicht fort, stürzt alles dir ein!
Nimmer verzagen! Immer frisch wagen!
Die Tat macht mächtig und stark nur allein!

Wer bleibt zurück?

Von Brauck wird uns geschrieben: „Mit einem Gefühl der Befriedigung können wir auf die 3 Tage der Werbeoffensive zurückblicken; 105 Neuaufnahmen krönen das Werk! Den Teilnehmern sei auch an dieser Stelle Dank ausgesprochen. Nun soll es aber nicht heißen: „Wir können jetzt auf unseren Lorbeeren ausruhen!" Nein! Nicht eher kann daran gedacht werden, bis auch der letzte Unorganisierte gewonnen ist. Darum, Stoßtrupps vor, zu neuen Erfolgen! Wer bleibt zurück?"

Wie wir die Kameraden in Brauck kennen, werden sie halten, was sie versprechen. Damit wird das Zeitalter der Denk-

faulheit und Opferscheu für die Unorganisierten dort bald vorbei sein. Auch in Erle I sind unsere Kameraden wacker an der Arbeit. So wird uns berichtet, daß in den ersten drei Wochen des Juni schon 50 Neuaufnahmen zu verzeichnen waren. Wenn es so weiter geht, wird Erle II eingeholt werden, wenn die dortigen Kameraden nicht stärker ins Zeug gehen.

Peter Nick †.

Am 18. Juni starb in Wehofen an Lungentuberkulose unser altes und um die Verbandssache verdientes Mitglied Peter Nick. Die „alte Garde", wozu auch Nick gehörte, lichtet sich immer mehr. Nick wurde am 26. August 1857 geboren, und trat am 15. Oktober 1889 unserem Verbande bei, dem er allezeit die Treue hielt. Besonders in der Zahlstelle Wehofen hat er sich verdient gemacht. Für sein Eintreten für unsere Verbandssache hat er sogar Freiheitsstrafen erlitten. Das hat ihn aber nicht entmutigt. Wo es galt, Arbeit zu leisten und Opfer zu bringen, war er dabei. Nun ist auch er dahin. Sein Andenken aber ehren wir am besten, wenn wir seinem Beispiel folgen.

Schichtverlängerung auf Zeche Baldur.

Gegen die Schichtverlängerung auf Zeche Baldur wandten sich die vier Bergarbeiterverbände am 25. Juni mit folgender Eingabe an das Königliche Oberbergamt in Dortmund:

„Am 19. d. Mts. wurde auf der Zeche Baldur den Arbeitern, die Sechsstundenschicht haben, durch Anschlag die Schichtzeit um ¾ bis 1 Stunde verlängert. Die Einfahrt der Morgenschicht ist von 5½—6 Uhr, die Arbeitszeit von 6½—12½ Uhr, und die Ausfahrt um 1 Uhr. Für die Mittagschicht ist die Einfahrt von 2—2½ Uhr, Arbeitszeit 3—9 Uhr, und Ausfahrt 9½ Uhr. Für die Nachtschicht, die Einfahrt um 10½—11 Uhr, Arbeitszeit von 11½—5½ Uhr, und Ausfahrt 5¾ Uhr.

Vorher war die Einfahrtszeit auf allen drei Schichten dieselbe und die Ausfahrtszeit der Morgenschicht 12¼ Uhr, der Mittagsschicht 8½ Uhr und der Nachtschicht 5 Uhr. Die Schichtverlängerung trat sofort am 19. d. Mts. in Kraft. Der Arbeiterausschuß ist wegen der Schichtverlängerung vorher nicht gehört worden. Als die betr. Arbeiter sich deswegen beim Betriebsführer beschwerten, wurde ihnen gesagt, die Arbeitszeit sei gar nicht verlängert worden, sie betrage nur 6 Stunden. Die Arbeiter der am weitesten entfernt liegenden Arbeitspunkte haben aber höchstens ¼ Stunde zu gehen vom Schacht bis zur Arbeitsstelle. Als die Arbeiter den Betriebsführer hierauf aufmerksam machten und sagten, dadurch würde doch die Arbeitszeit mehr wie 6 Stunden betragen, bemerkte der Betriebsführer, sie könnten sich ja bis zum Beginn der Arbeitszeit und nach Beendigung der Arbeitszeit bis zur Ausfahrt auf die Kiste setzen, arbeiten brauchten sie ja während dieser Zeit nicht. Darauf fuhren die Arbeiter der Sechsstundenschicht am 20. und 21. d. Mts. nicht an. Der Arbeiterausschuß hat wegen dieser Schichtverlängerung am 20. und 21. d. Mts. mit dem Betriebsführer verhandelt, aber nichts erreicht. Der Betriebsführer hielt seinen Anschlag aufrecht. Auf Anraten der Bezirksleiter des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter und des Verbandes der Bergarbeiter sind die Arbeiter am 22. d. Mts. wieder angefahren.

Wir ersuchen das Königl. Oberbergamt, in der Angelegenheit, unter Hinweis auf den § 93 b ff des Allg. Pr. Berggesetzes, einzuschreiten und die Schichtverlängerung wieder zu beseitigen, damit weiteren unliebsamen Vorkommnissen vorgebeugt wird.

Mit hochachtungsvollem Glückauf!

(Folgen Unterschriften der vier Bergarbeiterverbände.)

Die Ausschüsse zu den Versorgungsfragen in Gelsenkirchen.

Am 17. Juni, abends, fand im „Taunus" zu Gelsenkirchen eine von den Kartellen der freien und christlichen Gewerkschaften veranstaltete Arbeiterausschußsitzung statt, in der sämtliche organisierten Arbeiterausschußmitglieder aller Werke des Stadtbezirks vertreten waren. Als Vertreter der Behörden waren anwesend, vom Kriegsernährungsamt Dr. Staudinger, vom Generalkommando in Münster Oberleutnant Petermeier, von der Stadt Gelsenkirchen Rechtsanwalt Niemeyer und Oberlandmesser Finke.

Die Verhandlungen wurden durch den Vorsitzenden des Kartells der freien Gewerkschaften, Knappschaftsältesten Hübsche, eröffnet und geleitet. Einleitend bedauerte derselbe, daß nicht alle vertretenen Organisationen zu den Vorberatungen zugezogen wurden. Das sei auf ein Mißverständnis zurückzuführen, das er zu entschuldigen bitte.

Reichstagsabgeordneter Karl Spiegel schilderte in kurzen Zügen den Gang der Ernährung, besonders auf dem Schleichhandelswege. Scharf kennzeichnete er hierbei das Handeln der wirtschaftsfriedlichen Werkvereinler. Das gutgemeinte Bestreben der Werke, Zulagen zu schaffen, zeigte bald schlimme Auswüchse. Es führte zu hohen Preisen, und es wurden Personen dabei versorgt, denen es eigentlich nicht zustand. Die Mitarbeit der Ausschußmitglieder, welche ihre Aufgaben restlos erfüllten, wurde vielfach mit dem Schützengraben bedroht. Durch alles das wurden die Gewerkschaften veranlaßt, Front gegen dieses System zu machen. Auch über die zwei schweren Monate sei hinwegzukommen, wenn jede Bevorzugung einzelner Kreise aufhöre und die Behörden alles aufbieten, die vorhandenen Vorräte zu erfassen.

Rechtsanwalt Niemeyer entschuldigte das Fernbleiben des Herrn Oberbürgermeisters. Auch die Stadtverwaltung sei für die Bekämpfung des Schleichhandels. Das Handeln der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft werde ganz entschieden von der Verwaltung verurteilt. In solchen Fällen könne die Verwaltung auch über ihre Befugnisse hinaus nur die Anschuldigungen untersuchen und weitergeben. Daß die Anklagen bei der Staatsanwaltschaft nicht immer den gewünschten Erfolg gezeitigt haben und zuweilen ein Freispruch erfolgt ist, weil dem Angeklagten die Erkenntnis der strafbaren Handlung fehle, erregte eine allgemeine Mißstimmung. Daß die Stadt nicht die vorgesehenen Kartoffeln ausgeben könnte, sei Schuld der Lieferungskreise, welche jetzt noch einmal dringend zur Lieferung aufgefordert worden sind. Auch habe sich die Stadtverwaltung hierhalb an die Regierung und die Reichskartoffelstelle gewandt. Hoffentlich werden die noch fehlenden Mengen bald eintreffen, so daß auch den Schwerkarbeitern ein besonderer Teil zugewandt werden kann.

Dr. Staudinger, der erstaunlich ruhige und aufmerksame Zuhörer fand, führte aus, sein Auftrag sei, über die vorgebrachten Beschwerden und Wünsche der Ausschüsse dem Staatssekretär Bericht zu erstatten. Das alte in sich bewährte System festzuhalten und zu vervollständigen, könne nur ein Durchhalten ermöglichen. Zurzeit seien nicht mehr Lebensmittel vorhanden, als die Hälfte, die uns in Friedenszeiten zur Verfügung standen. Davon wird zunächst das Heer versorgt, dann die Munitionsarbeiter, und zuletzt die übrige Bevölkerung. Daß das Kriegsernährungsamt es nicht an dem ernstlichen Willen hat fehlen lassen, seine Aufgaben zu erfüllen, habe sogar der „Vorwärts" anerkannt.

In der freien Aussprache kamen große Mißstände zur Sprache, besonders über die Bevorzugung der Wirtschaftsfriedlichen in den Betrieben der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft. Es kam dabei auch zum Ausdruck, daß Werksleitungen und Behörden nicht immer die wohlberechtigten Beschwerden nachprüften und für Abhilfe sorgten.

Dr. Staudinger sowohl wie Rechtsanwalt Niemeyer beantworteten die vorgebrachten Wünsche und Beschwerden im einzelnen.

Es wurde zum Schluß vom Vorsitzenden erklärt, daß noch viele Wortmeldungen vorlägen, welche wegen der schon vorgeschrittenen Zeit keine Berücksichtigung finden könnten. Die nicht zu Wort gekommenen Ausschüsse könnten sich zufrieden geben, da die Aussprache hinreichend ergeben habe, daß etwas getan werden müsse, um den wohlberechtigten Klagen abzuhelfen. Auch habe die Aussprache gezeigt, daß viel Unzufriedenheit dadurch entstehe, weil den Ausschüssen nicht diejenigen Rechte eingeräumt werden, die ihnen zugedacht sind. Auch sei vom Kriegsernährungsamt geplant, demnächst in mehreren derartigen Versammlungen des Industriegebiets Stellvertreter zu entsenden, um denen Aufklärungen zu geben, die mit den Arbeitern in engster Fühlung stehen, und somit auch aufklärend wirken können. Mit dem Wunsche, daß diese Tagung der Arbeiterschaft Gelsenkirchens zum Segen gereichen, und nach der neuen Ernte die erhoffte Besserung eintreten wird, schloß der Vorsitzende die Verhandlungen.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Belegschaftsversammlung in Naundorf bei Bockwitz.

Am 23. Juni fand im Thinius'schen Lokale in Naundorf eine sehr gut besuchte Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Braunkohlen- und Brikettindustrie A.-G. statt, die sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen auf den Werken dieser Gesellschaft befaßte. Es kam zur Sprache, daß die Verwaltung die Erhöhung der Löhne abgelehnt habe, auch zum 1. Oktober 1917, wo die Preise für die Kohlen und Briketts erhöht wurden, keine Zulage gewährt worden sei. Dem Arbeiterausschuß waren seitens der Belegschaftsmitglieder Vorwürfe gemacht worden, daß er seine Pflicht nicht tue und in der Lohnfrage keine Entscheidung herbeiführe. Demgegenüber konnte der Arbeiterausschuß aber nachweisen, daß er seine Pflicht und Schuldigkeit getan habe und auch noch weiter tun werde. Daß es nicht an ihm, sondern an dem eigenartigen Verfahren liege, das seitens des Schlichtungsausschusses Torgau geübt wird. Schon am 16. Januar d. Js. habe der Arbeiterausschuß der Grube Emanuel den Schlichtungsausschuß angerufen. Nach Wochen kamen Rückfragen, die beantwortet wurden. Es wurde Beschwerde geführt, daß durch solche Rückfragen das Verfahren verzögert werde. Die Beschwerde wurde zurückgewiesen. Eine Verhandlung erfolgte noch nicht. Im April wurde auf Anfrage dem Ausschuß mitgeteilt, daß seitens der Kriegsamtsstelle die Angelegenheit einem Sachverständigen unterbreitet worden sei. Am 11. Mai war der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses im Kasino des Werkes Emanuel anwesend und hatte die Ausschußmitglieder zu einer Aussprache bestellt. In dieser versuchte er die Ausschußmitglieder zu bewegen, ihren Antrag zurückzuziehen, die Grube würde dann etwas zulegen. Was zugelegt würde, wurde nicht gesagt. Da der Ausschuß zur Zurückziehung kein Mandat hatte, so bestand er auf Weiterverhandlung. Den Abend vorher hatte der Bergrat Gertner, der allem Anschein nach als Sachverständiger hinzugezogen worden ist, den Ausschußmitgliedern mitgeteilt: „Sie brauchen sich nicht zu wundern, daß es so lange gedauert hat. Es mußten die Lohnvergleiche von anderen Werken herbeigeholt werden, das macht viel Arbeit. Uebermorgen kann das Resultat dem Ingenieur mitgeteilt werden." Seit dieser Zeit sind schon wieder 5 Wochen vergangen, eine Verhandlung ist noch nicht erfolgt. Die Versammlung protestierte lebhaft gegen ein derartiges Verfahren, das den Arbeitern noch die winzigen Rechte nimmt, die ihnen das Hilfsdienstgesetz gewährt und nahm folgende Resolution einstimmig an:

„Die heute, am 23. Juni 1918, versammelten Belegschaftsmitglieder der Braunkohlen- und Brikett-Industrie A.-G. erkennen an, daß die Ausschußmitglieder in der Lohnfrage ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben, und auch entsprechend dem ihnen erteilten Auftrag den Schlichtungsausschuß Torgau um Entscheidung angerufen haben.

Mit Bedauern stellen die Versammelten aber fest, daß, trotzdem der Antrag schon am 16. Januar 1918 gestellt wurde, bis zum heutigen Tage noch keine Verhandlung und Entscheidung erfolgte. Sie sind der Ansicht, daß angesichts der langen verflossenen Zeit schon längst eine Verhandlung und Entscheidung erfolgen mußte, und protestieren mit aller Entschiedenheit gegen eine derartige Verzögerung und Hinausschiebung der Regelung ihrer Lohnverhältnisse. Aus diesem Grunde ersuchen die Versammelten ein Hohes Kriegsamt, den Schlichtungsausschuß Torgau im beschleunigten Verfahren anzuweisen, über die Lohnsache bald zu verhandeln."

Die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands wurde beauftragt, diese Resolution dem Kriegsamt sofort zu unterbreiten.

Saargebiet und Reichslande.

„Tüchtige Hauer" im Saargebiet

sind nach der Behauptung einer gewissen Presse heute besser bezahlt, wie mancher „Geheimrat". So lesen wir beispielsweise in der „Saar- und Blieszeitung" und in der „Homburger Zeitung" einen Artikel, der die Lohnangaben aus dem preußischen Bergbau für das 1. Viertel 1918 enthält. Es wird zwar zugegeben, daß die „Erhöhung der Preise für die alltägliche Lebensführung noch „bei weitem" stärker war als die Lohnerhöhung! dann aber heißt es wörtlich in dem Artikel:

„Immerhin sind die Bergarbeiter verhältnismäßig noch viel besser daran, als das große Heer der Festbesoldeten und anderweite Schichten des Mittelstandes, die auch nicht annähernd eine solche Erhöhung ihres Einkommens erfahren haben. Die angeführten Löhne sind reine Durchschnittslöhne. **Tüchtige Hauer bringen heute je nach Leistung und Zeche Schichtlöhne von 15, 16, 18 und noch mehr Mark nach Hause.**"

Es ist erstaunlich, daß Zeitungen, die hauptsächlich von Arbeitern gehalten werden, derartige falsche Behauptungen über die Arbeiterlöhne verbreiten. Gewiß sind das große Heer der Unterbeamten und anderweite Schichten des Mittelstandes heute wirtschaftlich recht schlecht gestellt. Das ist aber nicht die Schuld der Bergarbeiter, sondern die Schuld der **Lebensmittelwucherer.** Die Bergarbeiter haben gar nichts dagegen, daß diesen „Schichten des Mittelstandes" helfend unter die Arme gegriffen wird, mögen sie sich deswegen rühren. Absolut falsch ist jedoch die Behauptung, „tüchtige Hauer" brächten heute 15—18 Mark „und mehr" Schichtlohn „nach Hause". Der Hauerdurchschnittslohn auf den pfälzischen Kohlengruben stand im Mai zwischen 11 und 12 Mark. Wir erkennen gern an, daß die Lohnunterschiede in den einzelnen Arbeiterklassen auf den pfälzischen Gruben verhältnismäßig gering sind, bei den Hauern nur 50 Pf. bis 1 Mark betragen, während der Unterschied auf den preußischen und lothringischen Gruben doppelt und dreifach so groß ist, ein fortgesetzter Klagepunkt der Arbeiter. Die pfälzer Gruben beweisen, daß man die Lohnunterschiede sehr stark mildern kann. Da der pfälzische Hauerdurchschnittslohn 11—12 Mark beträgt, ist es ganz ausgeschlossen, daß Hauerlöhne von 15—18 Mark „und mehr" pro regelmäßiger Schicht vorkommen. Trotzdem druckt die „Homburger Zeitung" die falsche Behauptung nach und macht damit Stimmung gegen die Bergleute. Auf den preußisch-fiskalischen Gruben betrug der Hauerdurchschnittslohn nach amtlicher Zählung 10,64 Mark im ersten Viertel 1918. Lohnerhöhungen sind seitdem nicht, außer vereinzelt (dem aber Gedingeabzüge entgegenstehen), vorgekommen. Wenn also „tüchtige Hauer" bis 18 Mark „und mehr nach Hause bringen", dann müßten sie ja pro Schicht mehr als 8 Mark über den Durchschnittslohn erhalten. Der Lohnunterschied wäre dann ja noch viel größer, als die Arbeiter beklagen, die Bergwerksleiter aber bestreiten! **Wir fordern die betr. Zeitungen auf, nachzuweisen,** welche „tüchtigen Hauer" den Schichtverdienst von 15—18 Mark „und mehr nach Hause bringen". Damit sollte gesagt sein, daß nur die „untüchtigen" Hauer weniger als 15 Mark erzielen. Ungefähr 18 000 preußische Saarbergleute gehören der Hauerklasse an; ihren Durchschnittslohn gibt die Behörde selbst für das erste Viertel 1918 auf nur 10,64 Mark an. **Das bedeutet, daß die Mehrzahl der Hauer weniger oder eben 10 Mark „nach Hause bringt".** Die Mehrzahl wären demnach untüchtige Hauer, und selbst die, welche über den Durchschnitt bis 13 und 14 Mark (verhältnismäßig sehr wenige) „nach Hause bringen", wären keine „tüchtige Hauer". **Gegen eine solche Herabsetzung der Arbeiter muß entschieden protestiert werden!** Die Presse, die jene unwahre Behauptungen verbreitet, arbeitet gegen die Arbeiter, indem sie der Oeffentlichkeit glauben machen will, „tüchtige" Arbeiter erzielten 18-Marklöhne. Jeder Fachmann weiß es, auch die Werksleiter bestätigen es, daß anerkannt tüchtige Bergleute sich vor ungünstigen Arbeitspunkten abschinden und doch kaum 8 Mark im Gedinge herausschlagen können. Das hängt mit den sonderbaren Bergbauverhältnissen zusammen. Hier kann auch die größte Tüchtigkeit die natürlichen Hindernisse nicht bezwingen. Man sollte es daher unterlassen, in der beleidigenden Weise einen Unterschied zwischen „tüchtigen" und „untüchtigen" Bergarbeitern zu machen. Denn darin liegt der Vorwurf, wer keine 15—18 Mark „und mehr nach Hause bringe", sei kein tüchtiger Arbeiter. Wenn überhaupt infolge „Bergmannsglück" ein solcher Ausnahmelohn in einer Lohnperiode erzielt würde, **dann käme die Gedingeschere und schnitte ab!** Ueberhaupt ist zu beachten, daß die Hauerklasse im preußischen Saargebiet jetzt nur noch 42 Prozent der Belegschaft umfaßt. Die zweite Klasse der Untertagsarbeiter (Schichtlöhner) hatte im ersten Viertel 1918 nur 8,17 Mark pro Schicht durchschnittlich, das sind 28,3 Prozent der Belegschaft. Die dritte Klasse, erwachsene Obertagsarbeiter, umfaßt 20,3 Prozent der Belegschaft, hat teilweise einen 10- bis 12stündigen Werksdienst (mit 2 Pausen) und erhielt nur 7,93 Mark Durchschnittslohn! **Dieser Lohnunterschied ist viel zu groß,** darüber klagen die Arbeiter immerfort. Unter den Arbeitern mit nur 7,93 oder 8,17 Mark Durchschnittslohn befinden sich auch eine sehr große Zahl **Familienväter und sonstiger Familienernährer.** Wenn die betr. Presse arbeiterfreundlich wäre, müßte sie die viel zu geringen Löhne dieser großen Zahl Familienernährer hervorheben, statt phantastische, unwahre Lohnangaben zu verbreiten. Unsere Kameraden müssen sich diese Zeitungen merken und nach dem Wort handeln: **„Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns!"** — Der Herr **Minister für Handel und Gewerbe hat der Vertretung des Verbandes und des Gewerkvereins mitgeteilt,** und die Bergwerksdirektion Saarbrücken macht durch Anschlag bekannt, daß vom 1. Juni an das **Kindergeld für alle Kinder auf 6 Mark monatlich erhöht wird.** Bisher gab es nur für ein Kind 6 Mark, für die weiteren 2 Mark. Mit dieser Zulage ist nun einem von den **Arbeiterverbänden** im Auftrage der Kameradschaften der bergfiskalischen Verwaltung vorgetragenen Antrag Rechnung getragen. Für kinderreiche Familien ist diese Zulage eine erfreuliche Hilfe. Dringend nötig ist aber auch die Aufbesserung der niedrigen Gedinge- und erst recht der niedrigen Schichtlöhne. Die Lebensmittel werden immer knapper und darum noch teurer. In sehr vielen Familien herrscht eine erschreckende Armut. Was nur eben möglich ist, muß zur Abhilfe getan werden. Dazu gehört auch arbeiterseits **eine andauernde Verstärkung der Organisation.** Ueber 43 000 Bergleute sind im preußischen Saargebiet beschäftigt, dazu noch mindestens 15 000 in der Pfalz und im benachbarten Lothringen. Da kann und muß noch viel Werbearbeit geleistet werden, je mehr, desto besser für die Kameraden. **Einig und treu müssen wir zusammenhalten, brüderlich zusammenarbeiten.** Dann werden weitere Erfolge nicht ausbleiben.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 27. Woche (vom 1. bis 6. Juli 1918) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Entrichtung der Beiträge.

Achtung! Vertrauensleute und Mitglieder.

Wie uns aus Dortmund berichtet wird, treibt dort ein älterer Mann sein Unwesen, indem er behauptet, er sei als Revisor von uns bestellt und habe den Auftrag, bei den Ortsverwaltungen und Unterkassierern die Mitgliederlisten und die Beitragseinziehung zu kontrollieren. Wir haben keinem die Vollmacht zu einer solchen Revision gegeben, als wie den im Verbandsdienst angestellten Bezirksleitern und den von den Zahlstellen gewählten Revisoren. Es handelt sich hier zweifellos um einen Schwindler, der auf diese Art und Weise den Versuch unternimmt, den Unterkassierern die von den Mitgliedern eingezogenen Gelder abzunehmen. Wir bitten, Obacht zu geben und, falls der Mann sein unsauberes Handwerk weiter betreiben sollte, dafür zu sorgen, daß er der Polizei überliefert wird, damit seinem unschönen Tun ein Ende bereitet werden kann. Es soll also ein älterer Mann sein, der einen grauen Schnurrbart und Spitzbart trägt. Wir bitten eventuell um Benachrichtigung, damit wir das Notwendige veranlassen können.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Unna. Sonntag, den 7. Juli, vormittags 10 Uhr, findet eine Hausagitation statt, wozu hiermit eingeladen wird. Es ist Pflicht eines jeden Kameraden, pünktlich zu erscheinen.

Wiedebe. Am Sonntag, den 7. Juli, vormittags 8½ Uhr, treffen sich die Mitglieder beim Wirt Herrn Hermann Beuer zur Hausagitation. Es wird um recht zahlreiche Beteiligung gebeten.

Bücherrevisionen.

Hassel. Im Monat Juli.
Herten. Im Monat Juli.
Weitmar I. Vom 1. bis 15. Juli.

Bibliotheken.

Meiderich. Die Bibliothek ist von Baustraße 93 nach Bahnhofstraße 67 (Wirt Herm. Rauer, früher Haas) verlegt worden. Die Bücherausgabe erfolgt wie bisher jeden Sonntag, vormittags von 11 bis 12 Uhr.

Münthe. Die Kameraden werden gebeten, sämtliche Bibliotheksbücher sofort abzuliefern, da eine vollständige Revision stattfinden soll.

Steele, Königssteele, Horst, Freisenbruch, Altendorf, N.-Wenigern, N.-Bonsfeld, Ueberruhr, Kupferdreh, Heisingen. Die Zentralbibliothek befindet sich jetzt in Steele, Ilsingerstraße 11, in der Wohnung des Vertrauensmannes der Zahlstelle Steele, Kamerad Heinrich Weeke. Bücherausgabe wie bisher, jeden Sonntag, vormittags von 9—11 Uhr. Die Kameraden werden ersucht, die Bibliothek recht fleißig zu benutzen.

Sterbetafel

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:

K. Kubiorh, Herbest-Dorsten.	Albin Scheibe, Hohenmölsen.
Jakob Dohmen, Kohlscheid.	Emil Thurm, Hohenmölsen.
Herm. Rühl, Altenessen II.	G. Wallbruch, Eichlinghofen.
Peter Singer, Altenessen II.	Alois Erbel, Außen.
Herm. Munzert, Röttersdorf.	Hermann Nähl, Buttrop I.
Fritz Kischkel, Dortmund I.	Alfred Vogt, Waldenburg.
Emil Düsselhoff, Lünern.	K. Görke, Lütgendortmund.
Ernst Schulze, Costebrau.	Ferd. Klobes, Lütgendortmund.
Leonh. Schweitzer, Kappel.	M. Heinz, Außen. (4138)
Kurt Walter, Trebnitz.	

Wir werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten!